

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.
Redaktion: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. — Tel. Ring 8837.

Schlesische

Annoncen-Expedition: Breslau 2, Gottschalkstraße 18.
Telefon für Inserate: Ring Nr. 8120 und Oble Nr. 1169.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise: Durch Kurierbrief 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 1,10 Mk. für die Woche, 5,10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, Nikolaistr. 49/50.
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Bezugspreise: Die Schilling- und Kronenpreise über dem Kurs 0,90 Mk., ansonsten 0,90 Mk.
Druck- und Verlagspreise: Druck- und Verlagspreise über dem Kurs 0,90 Mk.
Wettm.: Die Schilling- und Kronenpreise über dem Kurs 0,90 Mk.

An die Kommunisten Schlesiens!

Genossen! Der Wahlkampf hat begonnen. Die B.K.P.D. wird sich an ihm beteiligen. Doch nicht um Mandate ringen wir. Wir ringen um die Seele der proletarischen Massen.

Große Schichten des Proletariats knüpfen noch immer an die demokratischen Parlamente Erwartungen, die Illusionen sind. Vor der Zerschlagung der Illusion dieser Massen kann es keine soziale Revolution geben. Zur Zerschlagung der parlamentarischen Illusionen, zur Enttarnung des Schwindels von der bürgerlichen Demokratie gehen Kommunisten selbst ins Parlament.

Bei der Führung des Wahlkampfes ist alles zu vermeiden, was den Irrtum erwecken könnte, eine sozialistische oder selbst eine kommunistische Mehrheit vermöge dem Proletariat den bewaffneten Kampf um die Macht ersparen. Der Wahlkampf muß geführt werden als Kampf gegen die Zersplitterung der Gewerkschaften, muß geführt werden um die Einigung des Proletariats zur Aktion gegen Hunger und Konterrevolution.

In unsern Wahlversammlungen soll nur über Themen gesprochen werden, die mittelbar oder unmittelbar der Aktion dienen; die Fragen: Wie kommen wir heraus aus dieser Not? Wie vernichten wir die Gegenrevolution? stehen im Mittelpunkt.

Der Wahlkampf muß benutzt werden zur Festigung und Stärkung unserer Organisationen, zur Erziehung unserer Mitglieder zu opferbereiten Streikern.

Der 20. Februar ist für uns ein Tag der Sammlung, wir alle müssen erkennen, wieviel noch in Schlesien zu leisten ist, um nicht zurückzubleiben, wenn die Arbeiterschaft im Reiche marschiert.

Der 20. Februar ist für uns ein Tag der Demonstration gegen die Dregschregierung der Fehrenbach und Koch, die uns Kommunisten außerhalb der Geseze stellen. Die Arbeiterschaft soll durch die Stimmabgabe für die B.K.P.D. demonstrieren:

- Für die soziale Revolution, gegen die Konterrevolution!
- Für den Kommunismus, gegen die Lohnsklaverei!
- Für den Kampf gegen Reformismus und Resignation!
- Für die internationale Solidarität, gegen die nationale Verhegung!

Auf, an die Arbeit, jeder tue seine Pflicht, die Massen aus ihrem Schlafe, aus ihren Hoffnungs träumen, aus ihrer Verzweiflung zu erwecken! Gelingt es uns, dann werden wir nicht nötig haben, noch einmal zu bürgerlichen Parlamenten zu wählen. Dann wird die reiß Arbeiterschaft zur Tat schreiten über die Parlamente hinweg.

zur deutschen Räterepublik!

Die Bezirksverbandsleitung Schlesiens der B.K.P.D.
Siegler. Klein.

Das Wohnungselend und die Frauen.

Von Rosi Wolffein.

Das ist proletarisches Los: In enge, dumpfe, lichtlose Wohnungen, in Mietkasernen, Hinterhöfen, Seitenflügel gepfercht zu sein, in Mansarden und Kellerlöchern zu hausen. Das ist es, seit die Gesellschaft in die zwei Klassen — Besitzende und Nichtbesitzende — zerfallen ist. Das war so in den Vorkriegszeiten, die mancher Proletarier jetzt als die idyllischen Zeiten erscheinen, nach denen sie sich — die weil des Menschen Gedächtnis für Unannehmlichkeiten kurz ist — zurücklehnt. Vor dem Kriege haben die Löhne ebensov wenig ausgereicht, lustige, sonnige Räume mit Zentralheizung und Warmwassererwärmung, elektrischem Licht usw. zu bewohnen, wie dazu, sich gut und reichlich zu ernähren und zu kleiden, guten Hausrat, gute Erziehung, schöne bildende Reisen usw. zu leisten, alles Dinge, die in dieser besten aller Welten wohl zu haben waren, aber nicht für die Verkäufer ihrer Arbeitskraft, die Arbeiter, sondern für die Käufer, die Profiteure, die Kapitalisten. — Die Proletarier waren für ihren Wohnungsbedarf durch ihre Klassenlage auf den Massenstand an Wohnungen angewiesen, den das Baukapital damals nur zu gern produzierte, winkle doch hier durch die intensivste Ausnutzung des Baugeländes — Errichtung von vier- und mehrstöckigen Mietkasernen, Herstellung aus schlechtem Material usw. — ein gutes Geschäft. Eine Reihe von Untersuchungen stellte schon in diesen Friedenszeiten fest, daß die Miete für die Zwei- und Dreizimmerwohnungen der Massenquartiere der Großstädte eine viel höhere Verzinsung des Baukapitals ist als die Miete für die mit allen Bequemlichkeiten ausgestatteten Etagen oder ganzen Häuser der „besseren“ Stadtteile und ferner, daß der Anteil des Lohnes, den der Arbeiter für Miete aufwenden muß, prozentual ein viel höherer ist als derjenige, den der Wohlhabende braucht.

Unter diesen Umständen litt damals, wie sie heute darunter leiden, die proletarischen Mütter und Hausfrauen und die alleinstehenden Arbeiterinnen am meisten. Warum? Die alleinstehende Arbeiterin, weil sie, in jedem Beruf noch schlechter entlohnt wie der Arbeiter, auf dem Wohnungsmarkt sich das Schlimmste vom Schlimmsten aussuchen muß. Und die Arbeiterin? Weil sie, wegen ihrer Kinderzahl auf die Straße gesetzt und wegen des Ausgleichts, den der Hausbesitzer „für die Feuerung“ sich verschafft, von der Heizsteigerung betroffen, von einem Quartier ins andere gehetzt wurde. Weil die Lebensflamme ihrer Kinder in der trüben Enge verträumert und erlischt. Die Säuglingssterblichkeit wütete nach einer Statistik von 1913 viermal so stark auf dem Wedding als in Charlottenburg — das Kindbettfieber, die Mchajitis fordern fast ausschließlich hier ihre Opfer. Tuberkulose und Alkoholismus sind, wie die Ärzte sagen, Wohnungskrankheiten. Typhus und Grippe können infolge des Fehlens von hygienischen Einrichtungen und der Unmöglichkeit, die Erkrankten sofort zu isolieren, nicht zum Erlöschen gebracht werden. Die Geschlechtskrankheiten breiten sich hier, wo die Schlafräume und Aborte von vielen benutzt werden, in furchtbarer Weise aus. Alles Leid und alle diese Schmerzen, die zu einem großen Teil eine Wirkung des Wohnungselends sind, trägt die proletarische Mutter vielfach.

In den Kriegs- und Nachkriegszeiten haben sich diese Zustände noch gewaltig verschlechtert. Die baulichen Erweiterungen, deren die Gesellschaft bedurfte, unterblieben vollständig; jede Bautätigkeit ruht seit sechs Jahren. Hier und ein halbes Jahr „haute“ diese kapitalistische Gesellschaft nur Schützengräben, bombensichere Unterstände, Maschinengewehre, Luftschiffe, Unterseeboote usw. Die Anwendung und Ausnutzung aller menschlichen Arbeitskraft war nur auf Zerstörung gerichtet.

Aus einer Untersuchung, die 1918 — noch während des Krieges! — Albert Sohn im Auftrage der Berliner Dristkrankenliste unternahm, ist zahlenmäßig zu ersehen, welche Zustände in bezug auf die Wohnungsverhältnisse schon damals eingegriffen waren, und wie von diesen Zuständen die Frauen, die ausgebeuteten der Ausgebeuteten, getroffen wurden. Sohn ließ 18 660 Aufenthaltsräume arbeitsfähiger Frauen prüfen und stellte dabei fest:

In Räumen bis zu 10 qm wohnten 172 Männer, dagegen 869 Frauen, unter 6 7 50

Eine internationale Aktion der Kapitalisten zur Herabsetzung der Löhne.

London, 21. Januar. „Daily Herald“ macht auf den Beginn einer großen internationalen kapitalistischen Aktion gegen die Arbeiterklasse aufmerksam. Ihr Zweck ist, die Niedriggewinne der Kriegszeit zu behalten und die Löhne in der ganzen Welt niederzubrechen. Der Großindustrielle Roscoe Brunner gab folgende Kampfsparole der Kapitalisten aus: „Reduziert Löhne, oder überhaupt keine Löhne.“ Als Begründung der Lohnverlängerung wird in jedem Lande die Lage in den anderen Ländern und die Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, angegeben. Hinter diesen Scheinargumenten verbirgt sich aber die internationale Vereinbarung der Kapitalisten, auf die nur mit der internationalen Solidarität der Arbeiter geantwortet werden kann.

Der Kampf gegen die Herabsetzung der Löhne in London.

London, 24. Januar. „Koska Wien.“ Das Exekutivkomitee des Labour Party und die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses haben einen gemeinsamen Bericht über die Frage der Arbeitslosigkeit verfaßt, der am 25. Januar einer besonderen Konferenz der Labour Party vorgelegt werden wird. Der Grundgedanke der vorgeschlagenen Lösung ist: Aufrechterhaltung der Löhne, Wiederherstellung des Handels mit Sowjet-Rußland und Mitteleuropa. Die Haltung der Arbeiterschaft läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß wir vor einer Periode schärfsten Klassenkampfes stehen. Zu gleicher Zeit erklärt der Präsident des britischen Industriellenverbandes, Sir Peter Rylands, daß die einzige Lösung der Krise in der Herabsetzung der Löhne besteht.

Fischerstreik in England.

London, 26. Januar. Die Unterhandlungen zwischen dem Fischerbund und den Reedern in Grimsby sind ergebnislos verlaufen. Die Fischer werden jetzt in den Streik treten. Es werden sich 12 000 Fischer aus den wichtigsten englischen und schottischen Häfen daran beteiligen.

Straßenbahnerstreik in Konstantinopel.

In Konstantinopel ist ein Streik der Straßenbahner ausgebrochen, die eine Gehaltssteigerung von 100 Proz. und eine Fahrpreiserhöhung fordern.

Polnische Rüstungen gegen Sowjetrußland.

Warschau, 26. Januar. Die polnische Regierung beginnt jetzt mit der Errichtung von eigenen Munitionsfabriken. Neuerdings wurde mit einem Kapital von 115 Millionen polnischer Mark eine Munitionsfabrik gegründet, die mit der französischen Firma Creuzot in Verbindung steht. Um auch die Unabhängigkeit der Sprengstoffversorgung zu sichern, wurde gleichzeitig mit einem Kapital von 200 Millionen polnischer Mark eine Aktiengesellschaft zur Herstellung von Pikrinsäure gebildet.

Nach Meldungen aus Danzig treffen dort täglich Züge mit Munition und Waffen ein. Unter der Leitung französischer Offiziere hat eine energische Reorganisation der polnischen Armee begonnen. Die Anzahl der Batterien bei den Artillerieregimentern ist um 50 Prozent erhöht worden. Englische Firmen haben große Bestellungen auf Soldatenpfeife und Militärtauch erhalten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß dies Vorbereitungen zu einer Frühjahrsoffensive gegen Sowjetrußland sind.

Die gesetzliche Einführung der Prügelstrafe in Ungarn

Geprügelt wurde in Horthy-Ungarn seit der Wiederkonstituierung als christlich-kapitalistischer Kulturstaat immer. Aber heimlich, im Dunkeln der Nacht. Jedenfalls als Beweis, daß Horthy-Ungarn Fortschritte in der Kultur macht, ist jetzt die Prügelstrafe auch gesetzlich wieder eingeführt worden. Vor einigen Wochen wurde in Budapest durch Richterspruch ein armer Teufel, der aus bitterer Not etwas nahm, zu 25 Stockhieben verurteilt.

Und da gibt es noch immer Leute, die bestreiten wollen, daß Bestrafung in der Kultur weit dem bitterbösen Bolschewikrußland voraus ist.

Kertschenkow russischer Handelsdelegierter in Stockholm.

Moskau, 23. Januar. (Via Christiania). „Koska Wien.“ Mit Zustimmung der schwedischen Regierung ist Kertschenkow zum Leiter der Stockholmer russischen Handelsdelegation ernannt worden.

die nicht 2,80 m hoch waren, wohnen	653	Männer, dagegen	3577	Frauen,
In Kellerwohn. wohnen	78	"	321	"
Dachwohn.	20	"	206	"
Ein Schlafzimmer, das kleiner war als 20 qdm bewohnten	621	"	2746	"
Mit mehr als 7 Personen teilten einen Raum	5	"	18	"

Das war 1918! Dann kam das Zurückfluten der Millionen Männer von den Fronten und dadurch das Wachsen der Wohnungsnot, das Millionen proletarischer Familien aus eigener Erfahrung täglich kennenlernen. Nach Angaben bürgerlicher Sozialreformer fehlen heute dringend mindestens 1 1/2 Millionen Wohnungen.

Aber fast könnte es scheinen, als sei diese Not, die ja nur Teilerscheinung der allgemeinen Not ist, doch noch nicht groß genug gewesen. Denn die Stunde kam in den Novembertagen 1918, da man sie hätte zerbrechen können, leichter denn je. Und diese Stunde ließ das Proletariat vorübergehen. Fast könnte es scheinen, als wohne man gerne in diesen ungelunden Löchern, denn ruhig blieb man darin, als aus den Schloßern und Villen die Herren samt ihren Schranzen anglistotternd in den Novembertagen entflohen waren, und es ein Leichtes gewesen wäre, gegen die Wohnungsnot etwas zu tun. Fast könnte es scheinen, als liebe man die Fesseln des Kapitalismus, denn große Teile der Massen wehrten sich nicht, als Scheidemann und Noske neuen militärischen Schutz für die Verhinderung dieser Fesseln durch die weißen Garde schufen, um dem Kapitalismus das Werk der Zerstörung und Vernichtung, das er noch vor sich hatte, zu ermöglichen.

So konnten denn die wenigen vorhandenen Baumaterialien von ihren Besitzern "frei" zu hohen Wucherpreisen in das Ausland verkauft werden, und wurden verkauft. Und Tonwerke und andere Industrien für das Baugewerbe wurden auf Abbruch verramscht, wie es mit Schuhschuh- und Legatmaschinen und Zuckerrüben gleichermaßen geschah, gerade als brauchten wir die nützlichen Dinge nicht, die dort hergestellt werden könnten. Da die Bautätigkeit fast völlig ruhte, stieg die Arbeitslosigkeit in einem Maße, wie es das Baugewerbe noch nicht kannte. — Das zeigt am besten, was auf das Geschrei der Kapitalisten nach "Aufbautätigkeit" zu geben ist. Man sehe hierher, wo sie trotz des größten Bedarfs keine Wohnungen herstellen, sondern den Produktionsapparat zerstören.

Gemeinde, Staaten und das Reich beriefen Wohnungsausschüsse, die nach langem Veraten periodisch die tiefe Weisheit verkündeten: Es ist kein Geld und kein Material da und schließlich auch keine Abhilfe möglich. Die Nationalversammlung jagt einmal ein Rahmengesetz, das so aussah, als hätte es etwas gegen die Wohnungsnot. Es gab nämlich den Gemeinden und Staaten Vollmacht, von sich aus durchgreifende Maßnahmen zu treffen. In Wirklichkeit erließ man dieses Gesetz nur, um sich den Rücken gegen unangenehme Kritik zu decken und in der Gewissheit, daß unter den heutigen Machtverhältnissen weder Staat noch Gemeinde in den letzten Rahmen des Gesetzes irgendwelche wirksamen Verfügungen spannen werden. Man kann sagen, daß wohl kein anderes Volk, wie das deutsche, sich die Verhöhnung seiner Not durch eine solche hohle Gefühlsattrappe würde gefallen lassen. Die S.P.D., die Hauptschuldige dieser Attrappenpolitik, tat aber noch mehr. Als im Dezember letzten Jahres der Wohnungsausschuss des Reichstages wieder einmal die Frage beriet, wie der Wohnungsnot abzuhelfen sei, und Anträge vorlegten, Milliardenrente für die Hebung der Bautätigkeit zu gewähren, erklärte der Regierungsvorsteher, diese Anträge seien nur unter der Bedingung annehmbar, daß die Verzinsung dieses Kredites durch eine Mietssteuer aufgebracht werde, eine indirekte Steuer also, die die Ärmsten der Armen am härtesten trifft. Und die "Borkämpfer des Proletariats", die Schädelpartei, erklärte sich damit einverstanden.

Wenn die Stadtväter, die Geheimräte, die Scheinsozialisten keinen Ausweg aus dem Wohnungselend wissen, so hat das von ihrem Standpunkt aus keine Logik. Solange das Privatigentum an Grund und Boden, das private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt, solange das Privateigentum der einzige Motor des wirtschaftlichen Lebens ist, kann man das Wohnungselend nicht durchgreifend lindern. Erst wenn diese Vorrechte beseitigt sein werden, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat, und das tanzenabhängige soziale Unrecht stürzt, dann wird die Wohnungsfrage gelöst werden können. Die vorhandenen Wohnungen werden dann vernunftgemäß rationiert, die elenden Behausungen von den Menschen geräumt werden, auf freiem Gelände werden wohlige Siedlungen, von Gärten umgeben, werden Krankenheiler, Schulen, Kinderheime, Altersheime errichtet werden. So hat man die Wohnungsnot auch in England zu heben begonnen, und wenn die volle Lösung noch nicht gegliedert ist, so deshalb, weil die weißen Herren des internationalen Finanzkapitals immer und immer wieder Sowjet-Rußland gezwungen haben, statt der Rente zum Aufbau, das Schwert der Verdrängung zu führen.

In Deutschland sind wir noch nicht so weit, aber wir wollen, wir müssen bald dahin kommen. Gegen die kapitalistische Schranke, die hauptsächlich noch besteht, weil Klassen der Arbeiter sie nicht erkennen oder sie noch ertragen wollen, müssen wir täglich und räumlich ansetzen. Aufklären müssen wir die Proletarier und namentlich die Proletarierinnen über die wahren Ursachen ihrer Not, ihres Verkommens und Hungerens. Zeigen und immer wieder zeigen müssen wir, daß die jetzt herrschende Klasse nichts tut, um was das dem Elend herauszuführen, daß die Zeit der Reformen, von der S.P.D. und U.S.P.D. fälschlich, wobei ist! Aber haben wir täglich von der kapitalistischen Gesellschaft, zwingen müssen wir sie, daß sie zeigt, sie kann und sie wird nichts tun, daß es alle sehen. Denn dient auch der Diktator, den die Vereingte Kommunistische Partei an alle Arbeiterorganisationen gerichtet hat, wozu

er auffordert, für eine Anzahl dringend notwendiger Verbesserungen die ganze Arbeiterschaft geschlossen gegen die Kapitalistenklasse aufzumarschieren und in Aktion zur Durchsetzung dieser Forderungen einzutreten zu lassen. Gegen die Wohnungsnot fordert sie die sofortige Beschlagnahme aller Wohnungen, die zwangsweise Umquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen. Von den Arbeiterorganisationen haben sich die Parteien der Scheidemänner und der Hilferdinge schon in ihren Zentralorganen deutlich geäußert, daß sie diesen gemeinsamen Kampf nicht mitmachen wollen. Sie beschimpfen den Vorschlag, weil sie den ernsthaften Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus fürchten.

Ihr Frauen und Männer des Proletariats, namentlich Ihr Frauen, agitiert mit allem Eifer dafür, daß die Arbeiterschaft geschlossen den Kampf gegen das kapitalistische Elend aufnimmt. Agitiert, daß in den Höfen, in den Manufakturen und Kellerlöchern die Not nicht länger stumm und geduldig ertragen wird. Macht die Gewerkschaften, macht die Mietervereine dafür mobil. Sagt es überall, daß es anders werden kann, daß wir von Kommunismus haben können, daß wir ihn haben müssen! Geht auf die Straße, zieht vor die Rathäuser und stellt eure Forderungen! Ihr Klassenbewußte Arbeiterinnen, die Ihr am meisten unter diesen Zuständen leidet, kämpft gegen sie am entschlossensten an! Gegen das Wohnungselend marschiert an der Spitze!

Politische Uebersticht.

Hungerstreik im Lager Gardelegen.

Untern 26. Januar wird uns aus dem Lager Gardelegen geschrieben:

Am 21. d. Mts. ist durch allgemeinen einstimmigen Beschluß aller Kameraden in unserem Lager der Hungerstreik erklärt worden. Zu diesem letzten Schritt der Verzweiflung sind wir gezwungen worden, nachdem unser langes, wiederholtes Protestieren und Bitten am Schutz gegen unseren Lagerarzt von allen Behörden vollkommen unberücksichtigt gelassen worden ist.

Da unser Lagerarzt an Stelle der Krankenbehandlung sich damit beschäftigt, die Kranken auf jede raffinierte Art und Weise zu skatieren und zu quälen, haben die Lazarett-

Genoffinnen! Genoffen!
Geht in die Lessing-Turnhalle und seht die Wählerlisten ein. Morgen ist der letzte Tag. Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen.

inlassen sich wiederholt an das Lagerkomitee mit der Bitte gewandt, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß entweder die Kranken in ein anderes Lazarett überführt werden oder der Arzt entfernt wird.

Da das Komitee durch Bitten nichts erreichen konnte, entschlossen sich die Kranken zuletzt, sich an die gesamte Bevölkerung des Lagers zu wenden und um Beistand zu bitten. Fünf Tage dauert nun schon der allgemeine Hungerstreik, tausende von Kameraden liegen im Sterben; doch die deutsche Administration weiß von nichts; es kümmert sie nicht.

Dieser erschütternde Notruf zeigt das Elend der in Deutschland internierten Rotgardisten wieder einmal in krasser Form. Dieselben Leute, die nicht laut genug über den Terror der Sowjetregierung schreien können, begehren Grausamkeiten über Grausamkeiten, um denjenigen, die den Kapitalismus bekämpft haben, zu zeigen, welche Strafe das nach sich zieht. Die deutsche Presse bleibt völlig gleichgültig bei so empörenden Vorgängen, wenn nicht gar, wie es die Blätter der Reaktion tun, offen zu immer neuen Gemeinheits gegen die Internierten geheißt wird. Wie müssen die Leute im Lager von Gardelegen gequält worden sein, wenn Tausende den Hungerstreik als letztes Mittel gegen die Bedrückungen betrachteten. Die Arbeiterschaft darf keine Gelegenheit vorbegehen lassen, gegen diese barbarischen Methoden nicht nur zu protestieren, sondern durch tatkräftige Unterstützung der Internierten ihre Qualen zu lindern.

Regierungstrife in Braunschweig.

Sämtliche bürgerliche Fraktionen des braunschweigischen Landtages unternahmen anlässlich der Statberatung einen Vorstoß gegen das Kabinett Sapp Deter und brachten ein Mißtrauensvotum ein. In ihm wird erklärt, daß zu der sozialistischen Landesregierung seitens der bürgerlichen Parteien kein Vertrauen mehr vorhanden sei und ihr daher der Etat abgelehnt werden müßte.

Die Entscheidung über das Mißtrauensvotum steht noch aus, sie wird durch die Haltung der kommunistischen Fraktion wesentlich beeinflusst werden, da sie den Stimmenanschlag gibt.

Nicht erreichbar.

Hauptmann Pfeffer, der unter der Anklage steht, durch Bildung bewaffneter Panzer gegen die Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen zu haben, befindet sich gegen eine Kaution von 20000 Mark auf freiem Fuß. Dieser Tage sollte gegen Pfeffer verhandelt werden, aber die Verhandlung wurde vertagt, weil wichtige Zeugen nicht erreichbar seien. Angeblich soll im Februar wieder verhandelt werden. Natürlich sind dann die wichtigen Zeugen wieder nicht erreichbar.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In dem Ostpreussischen Grenzgebiet werden die Berliner Zeitungen: Die Zahl der Toten hat sich auf 52 erhöht. Berleht hat 21. Man rechnete voraus, daß die Zahl der Toten sich noch vermehren wird, da die Verletzungen schwere sind. Die Gewerkschaft Deutschlands, unter deren Vermittlung der Friedensvertrag steht, soll den Ruhestreikenden 150000 Mk.

bereitgestellt haben. Ebenfalls ist von der Belegschaft Anstatt getroffen worden, ein Drittel eines Tageslohnens den Hinterbliebenen ihrer toten Kameraden zu spenden. Ein wahres Mysterium, wie das Unglück entstanden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Eisenbahnunglück in Thüringen.

Erfurt, 26. Januar. Heute nachmittag gegen 2 Uhr fuhr auf dem Güterbahnhof, wie die "Thür. Allgem. Ztg." erzählt, der Personenzug Nr. 616 einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Abteile eines Personenzuges eingedrückt.

Nach dem amtlichen Bericht sind 14 Personen, darunter einige Schüler schwer verletzt worden. Todesfälle sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist groß.

Dihmanns Kampfsparole.

Robert Dihmann, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, beschäftigt sich in einem Leitartikel der "Freiheit" mit den Kampfsparolen der U.S.P.D. Dieser Artikel ist ein Besuch, ein kläglicher, mißlungener Versuch, den revolutionären Unterlassungen der Gewerkschaftsbürokratie eine theoretische Grundlage zu geben, ihre konterrevolutionären Taten zu vermissen und dem Bestrom der Arbeitermassen zu den kommunistischen Lösungen entgegenzuwirken.

Zunächst behauptet Dihmann, die "Aufmachung" unserer Forderungen, daß "wahnwitzige Geschrei" gegen die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer sei daran schuld, daß eine einheitliche Aktion nicht zustande komme. Er verlangt offenbar, daß die Kommunisten bei einer solchen Aktion eine Art sozialistischen Burgfriedens schließen, daß sie darauf verzichten sollten, den Arbeitern auf Schritt und Tritt klarzumachen, daß jene, die sie hundert und aberhundert Mal an die Bourgeoisie verraten haben, nur dann und nur solange für ihre Interessen kämpfen werden, als die Bewegung der Arbeitermassen, die proletarische Peitsche in ihrem Rücken, sie dazu zwingt.

Aber gleich darauf stellt sich heraus, daß Dihmann die einheitliche Kampffront, deren Vereitelung er die Kommunisten anklagt, gar nicht will. Er behauptet zwar, gegen den Wucher für den Preisabbau usw. auch gekämpft zu haben, aber unsere Forderungen, wie z. B. die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, scheinen ihm völlig utopisch. Denn: geschulte Gewerkschaftler "wissen als Sozialisten, daß das Arbeitslosenproblem seine definitive Lösung erst in einer sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft finden kann." Hier haben wir den Herrn ertappt. Er will also keine Aktion unternehmen, aus Furcht, daß sie den Rahmen des Kapitalismus sprengen werde. Mögen die Arbeitslosen verreden, wenn nur die Macht des Kapitals erhalten bleibt! Weil aber jede wirkliche Aktion der Arbeiter heute die Grundlagen des Kapitalismus erschüttert, darum kann Dihmann längst keinen Kampf mehr führen, darum ist ihm der Sozialismus eine Utopie und die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital die Wirklichkeit.

Die Arbeiter kennen die Kampfsparole Dihmann. Es ist nicht: Nieder mit der Bourgeoisie! sondern: Hinaus mit den Kommunisten aus den Gewerkschaften! Gegen die Kommunisten vermag er noch zu kämpfen, und gegen sie muß er kämpfen, wenn er die Gewerkschaften noch weiter als Organe des Burgfriedens erhalten will. Aber diese Kampfsparole, Herr Dihmann, ist utopisch, und dieser Kampf wird erfolglos bleiben. Denn die Arbeiter werden nicht auf die sozialistische Zukunft warten, um in der kapitalistischen Gegenwart zu verhungern, sondern sie werden den Kampf um die Sicherung ihrer Existenz aufnehmen und alle jene hinwegfegen, die sich ihm widersetzen.

Es gibt kein Kneifen, Herr Bernstein.

Herr Alexander Kerenski, entzückt von den "mutigen Darlegungen" Eduard Bernsteins zwischen den Bolschewiki und dem Kaiserlich-deutschen Generalstab, erklärt sich in einem Telegramm an den "Vorwärts" bereit, über die Behauptungen Bernsteins vor einem internationalen Untersuchungsorgan auszusagen.

Der mutige Bernstein selbst wird, trotz der angebotenen Helfershelferschaft des biedereren Alexander Kerenski, immer kleinlaut.

In einer Erklärung, die der des Ehrenmannes Kerenski angeknüpft ist, stammelt er, seine Behauptungen über die Summen, die die Bolschewiki von der deutschen Regierung erhalten haben sollen, stützen sich auf die Aussagen "unberühmter und gutunterrichteter Deutscher", er wolle die Sache nicht wieder einschleusen lassen, jedoch müsse "die Frage viel bestimmter, vielweiger getadelt heraus formuliert werden".

Herr Eduard Bernstein! Sie haben formuliert. Sie haben in der Morgenausgabe des "Vorwärts" vom 14. Januar öffentlich folgende Behauptungen aufgestellt:

"Lenin und Genossen haben vom kaiserlichen Deutschland in der Tat große Summen erhalten. Ich erfahre davon schon Ende Dezember 1917. Durch einen Freund ließ ich bei einer Persönlichkeit nachfragen, die infolge ihrer Beziehungen zu amtlichen Stellen unterrichtet sein mußte, und erhielt eine bestätigende Antwort. Nur erfahre ich nicht, wie groß die Summen waren und wer das oder die Vermittler waren. Jetzt habe ich von erst zu nehmender Seite erfahren, daß es sich um Summen von unglaublicher Höhe, sicher um mehr als 50 Millionen Goldmark gehandelt hat, also um so große Summen, daß Lenin und Genossen unmöglich im Zweifel darüber sein konnten, aus welchen Quellen sie ihnen zustoßen. Die Sache ist daher für die Beurteilung ihrer politischen Moral von nicht geringem Interesse. Sie hat aber auch für die Beurteilung der Methoden der kaiserlichen Politik ihre sehr erste Seite."

An dieser ihrer Formulierung halten wir gefälligst fest. Wir bezweifeln Sie, der Sie für diese Behauptungen die öffentliche Verantwortung zu tragen haben, als eines leichtfertigen, lässlichen Verleumder und Schandspießer.

Für die proletarische Einheitsfront.

Der Freie Landarbeiter-Verband Ostpreußen.

Am 23. Januar fand in Allenstein eine Konferenz des Freien Landarbeiter-Verbandes Ostpreußen statt. Nach dem Kollege Leugnink über die Lage der Landarbeiter gesprochen hatte, hielt Genosse Klein-Königsberg einen Vortrag über die politische Lage und die Aufgaben der Landarbeiter. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die Not und das Elend der arbeitenden Klasse in Stadt und Land vergrößert sich täglich mehr und mehr. Die kapitalistische Klasse, nicht imstande und nicht gewillt, dem Elend zu steuern, benützt die Reichswehr, Spio, Selbstschutzorganisationen (Dragesch) dazu, um die Arbeiterklasse noch mehr zu unterdrücken.“

Das Bürgertum ist bewaffnet, die Arbeiter entwaffnet. Die am 23. Januar in Allenstein tagende Konferenz des Freien Landarbeiter-Verbandes, hinter dem 30.000 ostpreussische Landarbeiter stehen, begrüßt die im „Offenen Brief“ der B.R.P.D. aufgestellten Forderungen, für welche das gesamte Proletariat den Kampf aufnehmen muß, will es nicht ganz und gar der völligen Versklavung und Verleumdung preisgegeben sein.

Die Delegierten verpflichten sich, überall dafür zu wirken, daß die breiten Schichten der Arbeiterklasse die Forderungen des „Offenen Briefes“ aufnehmen.

Die Delegierten verachten aufs tiefste die Geze der Bürgerlichen gegen Polen, hinter der nichts als dunkles Raubgelüste steckt. Sie wissen, daß der arbeitenden Klasse weder durch die polnischen, noch durch die deutschen Junker geholfen werden kann. Helfen kann sich die Arbeiterklasse nur selbst, indem sie die kapitalistische Klasse und ihren Staat endgültig beseitigt und aufrichtet die Diktatur des Proletariats.

Es lebe der Kampf gegen die Ausbeuter!

An Stelle des verhafteten Kollegen Bour wurde Kollege Leugnink zum Geschäftsführer des Verbandes gewählt und einstimmig beschlossen, sofort mit dem mitteldutschen Freien Landarbeiter-Verband betreffs Veranschmelzung in Verbindung zu treten.

Danach gibt es für Sie nur zwei Wege.

Entweder das öffentliche Eingeständnis, daß Sie leichtfertig sich zum Träger dieser Verleumdungen gemacht haben oder die Beleidigungsklage gegen die „Rote Fahne“ und die Erbringung des Wahrheitsbeweises.

Drücken können Sie sich nicht mehr, Herr Bernstein. Ihre Behauptungen sind da. Sie beweisen sie, oder Sie nehmen sie zurück.

Ausland.

Der weiße Terror in Ungarn.

Die inzwischen zu Weltruhm gelangten Grand-Hotels Britania, Palace und andere bergen jetzt die Hauptführer, die ausführenden Organe des ungarischen weißen Terrors. Bei Gefang, Tokayer und Anedoten gibt das beste Gewürz doch das Köcheln der Opfer, das richtige Getränk unbestreitbar erst das sprudelnde Blut.

Ein Jud: der hat viel Geld. Das Privateigentum gesetzlich abschaffen ist Sünde und Raub; von einem Juden die fettigen Tausender nehmen ist Heroismus. Er wird geprügel, gefesselt. Mit glühenden Nadeln tätowiert man auf seiner Stirn: ein „Mogen Dovid“ und die Worte: „Ich bin ein Saujud“.

In Transdanubien war der beliebteste Scherz, die Folterung der armen Opfer vor ihren Frauen und Kindern vorzunehmen. Bei Hinrichtungen pflegte man die eigenen Frauen einzuladen. Es war ein besonderes Vergnügen, den halbtot Hängenden vom Baume loszumachen, der Frau zu übergeben, ihr wieder wegzunehmen und die Hinrichtung vor ihren Augen zu vollenden.

In den fürchterlichsten Erfindungen gehören die Horthy-Knäppel. Es sind Gummiknäppel, welche jedoch nur angewendet werden, nachdem das Opfer gut in Dedeln eingewickelt worden ist. Bei diesem Verfahren sind nämlich trotz der schrecklichsten Qualen die Spuren kaum bemerkbar. Um solche Kleinigkeiten wie Spuren kümmern sich die Ritter des christlichen Ungarns sonst allerdings wenig. Die Donau ist tief und breit und allzuoft wirft sie ihre Opfer doch nicht ans Licht.

Eine neue magyarisches Methode ist das Kübeln. Die Füße des Anzusehenden werden fest zusammengebunden, die Hände dazu. Mit dieser Masse lassen sich ausgezeichnete Larmübungen machen. Sie wird mit einem Stod in die Höhe gehoben und dann niedergeworfen. Es ist selbstverständlich, daß solche Torturen niemand lange aushält. Im Ganzen sind die Mittel sehr zahlreich. Man zwingt den Delinquenten viele Liter Wasser zu trinken, Tabak im Magen oder Haare zu essen, die man ihm vorher anstreicht, und schließlich das vergiftete Blut der Speimigen aufzulassen.

Viele Männer wurden in ihrer Ohnmacht kastriert. Andere wurden gezwungen, verhaftete Frauen zu vergewaltigen.

Es wurden Organe verankert, bei denen die Offiziere auf dem Leib der Gefangenen langten, bis ihr Gedärm hervorquoll.

Die „Berhörzellen“ (benn Berhör nennen diese Bestien ihre Tätigkeit) mußten von dem an den Händen hängenden Blut jeden Tag gereinigt werden.

Die Gemeindearbeiter von Aue im Erzgebirge.

In der am 21. Januar stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung der Auer Gemeindearbeiter wurde folgende Resolution mit überwiegender Mehrheit, trotz heftigem Dagegenbannern der „Rehrheiter“, angenommen:

„Die am 21. Januar tagende Gewerkschaftsversammlung der Auer Gemeindearbeiter nimmt Kenntnis von dem „Offenen Brief“ der B.R.P.D. Wir erklären uns vollständig damit einverstanden und geloben alles zu tun, was zur Besserstellung der Lebenslage und zur vollständigen Beseitigung des Kapitalismus führt.“

Weitere Entschliessungen.

Eine Versammlung der Chemnitzer Eisenbahner erklärte sich einstimmig, die Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer, Zahlstelle Chemnitz und Umgegend, gegen drei rechtssozialistische Stimmen, die Vertrauensmännerversammlung des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Chemnitz, gegen etwa 60 Stimmen für den „Offenen Brief“.

In einer Betriebsversammlung der Firma Spinn, Neuchâteau G. m. b. H., Berlin, Michaelkirchstraße 23a, erklärten sich die Kollegen der S.P.D., U.S.P.D. und B.R.P.D. für den Offenen Brief.

Für die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Die am 24. Januar 1921 in Brauns Festfalen stattgefundenen und sehr gut besuchte Betriebsversammlung der Anilinfabrik Treptow nahm das Referat des Kollegen Schulz über Moskau oder Amsterdam entgegen und faßte folgenden Beschluß gegen wenige Stimmen:

„Die Belegschaft der Anilinfabrik Treptow fordert von den in Betracht kommenden Organisationen zwecks Information die Entsendung bevollmächtigter Delegierter zu dem im Frühjahr d. Js. in Moskau stattfindenden internationalen Kongreß der Roten Verbände und erwartet von allen Betrieben genügende Unterstützung.“

Ferner gelangte auch der Offene Brief der B.R.P.D. zur Abstimmung. Dieser wurde einstimmig angenommen bei wenigen Stimmenthaltungen. Ein Teil der Versammlungsbesucher verließ bei den Ausführungen des Kollegen Bühlmann vom Deutschen Transportarbeiterverband, welcher für Amsterdam sprach, leider den Saal.

Es wurden Leichen mit ausgestochenen Augen gefunden, bei denen durch ärztliches Zeugnis festgestellt wurde, daß die Tat noch bei Lebzeiten des Opfers vorgenommen worden war.

In Reckemet mußten die zum Tode bestimmten selbst ihr Grab graben und wurden dann lebendig hineingeworfen. In den ersten Tagen waren die Berhörzellen derart gefüllt, daß die Hineingepreßten nur stehen konnten.

Aus „Das schwarze Buch des weißen Ungarn“. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der kommunistischen Jugend-Internationale.

Der russisch-perfische Vertrag.

Moskau, 23. Januar. (Via Stockholm). „Koska Wien.“ Französische und englische Zeitungen verbreiten Gerüchte über eine angebliche Vertüzung der perfischen Interessen in dem Vertrag zwischen Persien und Sowjet-Rußland und über eine Unzufriedenheit, die deswegen von perfischen Regierungskreisen empfunden wird. Von alledem ist das Gegenteil wahr. Der russisch-perfische Vertrag ist für Persien außerordentlich günstig. Rußland verzichtet auf alle Privilegien, bietet Konzessionen, annulliert perfische Schulden, die aus der Zeit der zaristischen Regierung herrühren, überläßt Persien sozusagen jedes Eigentum in Persien, das der russischen Regierung gehörte. Der Vertrag bietet russischerseits Entschädigung für die durch die russische Okkupation verursachten Schäden in Kaspi und Nechli an und fordert für Rußland nur das freie Transitrecht und den Selbstschutz auf perfischem Gebiet, für den Fall, wenn eine dritte Macht Persien als Grundlage für einen Angriff gegen Rußland und Persien benützt. Persien kann nicht mit dem Vertrag unzufrieden sein, nur der englische Wunsch war hier des Gebankens Vater. England möchte ersichtlich Mißstimmung zwischen Rußland und Persien hervorrufen. Der Vertrag ist ein Beweis für den Unterschied der Politik, die die frühere zaristische Regierung und das jetzige Großbritannien Persien gegenüber als ein Ausbeutungsgebiet mit imperialistischen Zwecken und jener, die die russische Sowjetregierung auf Grund der Anerkennung der Rechte aller Nationen führen.

Internationales.

Starke Stellung der Kommunisten in den italienischen Industriegebieten.

Es werden jetzt Einzelheiten über das Abstimmungsergebnis innerhalb der verschiedenen Ortsgruppen der italienischen sozialistischen Partei bekannt. Daraus ergibt sich, daß gerade in den wichtigsten Industriegebieten die Kommunisten entweder die Mehrheit, oder doch eine starke Minderheit darstellen. So erhielt in Turin die kommunistische Resolution 4500 Stimmen, während auf die Serrati-Gruppe nur 3800 fielen. In Mantua erhielten die Kommunisten 80% und die Serrati-Gruppe 1600 Stimmen. In Forli ergaben sich 2400 Stimmen für die Kommunisten und 2200 für Serrati. Im Bezirk von Triest erhielten die Kommu-

der „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Austräger oder Kolporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Untersignete — bestellt hiermit die

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Erscheinungsort Breslau

für den Monat.....

Bezugspreis pro Monat 6.10 Mark einschl. Bestellgeld.
(Der Betrag ist vom Briefträger einzufassen.)

Name u. Stand:.....

Wohnort:.....

Straße u. Haus-Nr.

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau I, Nikolaitstr. 49/50.

nisten 4400 und die Serrati-Gruppe 3200 Stimmen. Im Bezirk von Florenz waren die Zahlen 4000 bzw. 3800. In Bologna erklärten sich 1573 Parteimitglieder für Serrati und 1573 für die kommunistische Resolution. In Genua erhielt Serrati 2900 Stimmen gegen 2100 der Kommunisten. In Alessandria waren die Zahlen 4400 zu 4100. Selbst im Bezirk von Mailand, wo der persönliche Einfluß Serratis und seines „Avanti“ ganz besonders stark ist, erhielt die kommunistische Resolution 2900 Stimmen gegenüber 5500 der Serrati-Richtung. Die Stimmenzahlen, die für die eigentlichen Reformsozialisten abgegeben wurden, sind fast überall außerordentlich gering.

Die sozialistische Jugendorganisation in Mailand hat sich für die kommunistische Partei erklärt und die Anhänger Serratis ausgeschlossen.

Gründung einer kommunistischen Partei in Australien.

J.P. Sidney. Auf einer von Gewerkschaftern und Mitgliedern der Arbeiterparteien und sozialistischen Gruppe Australiens besuchten Versammlung konstituierte sich eine kommunistische Partei Australiens. Ein von der Exekutive alsbald erlassenes Manifest legt programmatisch die Ziele der neuen Partei und ihre politische und gewerkschaftliche Taktik fest, die den von der dritten Internationale aufgestellten Prinzipien entsprechen.

Die „Sozialistische Arbeiterpartei“ warnt die Arbeiter vor jeder Beteiligung an der neuen Partei, die ganz unwissenschaftlich sei und allen Spitzeln und Provokateuren ausgezeichnete Deckung darbieten zum Schaden der Arbeiterklasse. Ebenso erklärt die „Australische Arbeiterpartei“ ihre Gegnerschaft.

Die Kommunisten-Razzia in Paris beginnt.

(D.A.) Paris, 26. Januar. Bei einer Razzia der hiesigen Polizei wurden 700 Personen verhaftet, von denen der größte Teil im Verdacht steht, kommunistische Propaganda zu betreiben. Die Polizei in der Provinz hat ebenfalls strenge Weisungen erhalten, mit der größten Schärfe gegen die bolschewistischen Agitatoren vorzugehen.

Gewerkschaftliches.

Die russischen Gewerkschaften an die revolutionären Arbeiter in den deutschen Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftsrat der Provinz Moskau hat an die Rußland-Delegation der Berliner Gewerkschaftskommission folgendes Schreiben gerichtet, das die Unterschrift des Vorsitzenden Genossen Lejowski trägt:

„An die Genossen Rusch, Cherni und Schuhmacher. Werte Genossen!“

Aus den hier eingegangenen deutschen Zeitungen ist zu ersehen, daß die ganze bürgerliche und rechtssozialistische, wie auch unabhängige Presse Euch feindlich empfangen hat. Die Gewerkschaftsbürokratie ist höchst unzufrieden mit Euch, weil Eure wahren Berichte nicht übereinstimmen mit den „wahren“ Berichten Dittmanns. Ihr seid aus Rußland gekommen und statt das russische Proletariat mit Schmutz zu bespritzen, wie es Dittmann und die Vertreter der bürgerlichen Presse taten, habt Ihr Euch vertieft in alles, was bei uns geschieht, und sachlich den Kampf und die Wenden der russischen Arbeiter dargestellt. Ihr habt die Hoffnungen der Feinde Sowjetrußlands und derjenigen getäuscht, die sich Sozialisten nennen, jedoch im antibolschewistischen Ideologie befangen sind. Dies können sie Euch nicht verzeihen. Hättet Ihr nach Eurer Rückkehr aus Rußland phantastische Berichte über das russische Proletariat, über unsere Revolution gemacht, so würdet Ihr Gelben der ganzen käuflichen Presse geworden sein. Doch Ihr habt als echte Proletarier durch Klassegefühl und -Gesinnung begriffen, was bei uns vorgeht. Die Vorbeeren von Revolutionsverrättern und Bertramern des russischen Proletariats habt Ihr mit Verachtung abgewiesen.

Der Rat der Gewerkschaften des Gouvernements Moskau und alle gewerkschaftlich organisierten Proletarier

Haben Sie

schon die **Schlesische Arbeiter-Zeitung** bei Ihrer Postanfrage bestellt, damit Sie das Organ der U. R. P. D. schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Schein aus:

Zeitungsbestellung.

Unfrankiert in d. nächst. Briefkasten werfen oder dem Briefträger mitgeben.

An das **Postamt** hier.

Besuchen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

Rostaus verfolgen mit großer Spannung den in Deutschland sich entwickelnden Kampf. Die deutsche Bourgeoisie ist noch sehr stark. Die Gewerkschaftsbürokratie tat und tut alles, um ihre Herrschaft zu befestigen. Doch können sie die Revolution nur zeitweilig hinauszuziehen, sie schließlich gestaltn, aber sie aufzuhalten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sind sie nicht im Stande. Eure Arbeit wirkt zugunsten des deutschen Proletariats und folglich auch zugunsten des russischen. Mögen Euch die Bourgeoisie und ihre Agenten während überfallen, möge die Gewerkschaftsbürokratie Euch verleumden und aus den Arbeiterorganisationen hinauszustoßen bestrebt sein. Achtet nicht darauf, geht Euren Weg. Ihr geht in der Richtung des geschichtlichen Fortschrittes und arbeitet im Interesse der Arbeiterklasse.

Wir grüßen Euch und alle Kämpfer für die Sozialistische Revolution in Deutschland.

Hoch das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

Hoch der internationale Rat der roten Gewerkschaftsverbände!

Hoch die Kommunistische Internationale!

Aus der Provinz.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportbund, 10. Bezirk.

Am 16. Januar fand in Greifenberg eine von der Turnleitung einberufene Vorstanderversammlung statt, an der insgesamt 57 Turngenossen anwesend waren. Die Übungen wurden in der städtischen Turnhalle abgehalten und nahmen einen guten, ja für die meisten Turngenossen einen angenehmen Verlauf. Kurz vor 12 Uhr wurden die Übungen beendet und es ging mit Gesang zum Mittagessen in die Quartiere. Nachmittags fand im Restaurant „Hohenzollern“ eine Sitzung statt. Anwesend waren außer Bezirksturnwart R. Krüger (Petersdorf i. Riesengeb.) und Bezirksvertreter Heinrich Weis (Kamerndorf i. Riesengeb.) 69 Delegierte. Die Sitzung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Kritik der Übungen von Spandau. 2. Kreisturnfest. 3. Verschiedenes. In der Diskussion zu Punkt 1 wurden die Erwärmungsübungen allgemein anerkannt und vom Bezirksturnwart die Beförderung gegeben, eine Zusammenstellung der Übungen den Vereinen zugehen zu lassen. Zu Punkt 2 erläuterte der Bezirksturnwart eingehend das Programm zum Kreisturnfest, welches gut geheißen wurde. Da zum Besuch des Turnfestes größere Geldmittel erforderlich sind, wurde angeregt, in den Vereinen eine Sparklasse zu diesem Zweck einzurichten, damit die Beteiligung nicht an der Geldfrage scheitert. Unter Punkt 3 wurde von Turngenossen Menzel (Schmirdeberg) Klage geführt wegen Schikanen von bürgerlicher Seite. Dieser Fall wird auf dem Bezirksturntag noch einmal zur Sprache kommen.

Weitere Fälle sind sofort dem Kreisvertreter zu melden. Im weiteren Verlauf dieser Angelegenheit stellte es sich heraus, daß es nur wenige Vereine sind, welche von Schikanen von bürgerlicher oder behördlicher Seite verschont geblieben sind. Allenfalls heißt es auf der Hut zu sein und die kleinen Mächte energisch entgegen zu treten und die kleinen Freiheiten, welche wir noch besitzen, mit aller Macht zu verteidigen. Die nächste Bezirks-Vorstanderversammlung findet am 26. Juni in Landeshut Schl., südliche Turnhalle, statt. Der Bezirksturnwart machte auf den im Mai d. J. stattfindenden Bundesturnkursus in Schwelbitz und den Staatskursus im April d. J. in Spandau aufmerksam. Es wurde vorgeschlagen, der frühen Zeit halber, einen Spaziergang zu machen, was freudig begrüßt wurde. Mit lustigen Liedern traten wir den Spaziergang an. Schon nach kurzer Zeit verabschiedeten sich die Langenbläser und Laubaner Turngenossen. Die übrigen Vereine setzten den Spaziergang weiter fort und erfreuten sich bis abends zur Heimfahrt der schönen herrlichen Natur.

Lokales.

Breslau, den 29. Januar 1921.
Unabhängiges!

Am Donnerstag versammelte sich die U. R. P. im „Kronprinzen“, wo ihr Kandidat, Lehrer Piesch, vor leeren Bänken ein überaus fables Referat hielt. „Die Kapitalismus — die Sozialismus“ war das Thema, zu dem nicht gesprochen wurde, weil sich vom U. R. P. Standpunkt dazu nichts sagen läßt und weil es auch wichtiger erschien, die Schlichtigkeit und Unfähigkeit einzelner Minister nachzuweisen, um in der Parole gipfeln zu können, man möge dafür sorgen, daß der Wahlausfall die U. R. P. in die Ministerkette hebe.

Sobald Genosse Piesch auf grundsätzliche Fragen zu sprechen kam, war er hilflos wie ein Kind. Einige Fragen: „Diktatur des Proletariats ist unserer Auffassung nach keine Klassenherrschaft, sondern die Gleichberechtigung mit der Bourgeoisie.“ „Es ist die Frage, ob wir auf friedliche Weise mit der Bourgeoisie fertig werden oder ob wir gezwungen sind, in der Abwehr Gewalt anzuwenden.“

Das ist nur die Frage für U. R. P.-Wähler, die ihre Wünsche für Parteien halten. Die revolutionären Arbeiter wissen, daß es gar keine Möglichkeit gibt, um den bewaffneten Kampf herum zu kommen und daß der Sozialismus nicht in der Abwehr, sondern im Angriff erritten werden muß.

In der Diskussion, die die für Versammlungsfreiheit schwärmenden Unabhängigen auf 15 Minuten beschränkte, widerlegte der Vertreter unserer Partei unter dem stürmischen Beifall der gesamten Versammlung das leichte Gepöhl des Genossen Piesch, indem er die großen Tagesfragen der proletarischen Klasse anschnitt. Die U. R. P. verlor durch Dismann und Hilferding, fabriziert nicht nur die von den Kommunisten in dem Offenen Brief verlangte Einheitsfront des Proletariats, sondern zerstört auch noch die letzte Nachpostion der Arbeiterklasse, die freien Gewerkschaften, durch den Hinauswurf der Kommunisten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde vorgelegt, deren Annahme gesichert erschien, weshalb der Versammlungsgesitzer schärfert sie der Versammlung unterföhlte, welcher zum Schluß kaum hundert Menschen beizwohnten.

Ein feiner Betriebsrat. Ein feiner Betriebsrat hat sich in der Firma Scherwin Söhne, Gräblicher Straße, zusammengeformt. Vertriebsräte, die eigentlich dazu berufen sind, für das Wohl und Wehe der Arbeiter einzutreten. Der Betriebsrat dieser Firma jedoch (der sich aus dem Betriebsrat-Vorstandenden G. Goldbrunn und den Herren Arbeiterräten Richard Langsbach, Schmolz und Permann Wendt, Gräblicher, Mühlbergweg 9, befindet) trifft mit dem Herrn Direktor Gaisler Vereinbarungen, die den Interessen der dort Beschäftigten direkt entgegenlaufen. Wir bringen hier nur einige ganz trasse Fälle zum Beweis. Vor den Weihnachtstagen trat der Betriebsrat folgende Vereinbarung mit dem Direktor des Betriebes, ohne Zustimmung der Arbeiter. Wer 1 mal fehlt, 3 Tage aussetzen — wer 2 mal fehlt, 8 Tage aussetzen und wer 3 mal fehlt, scheidet auf die Straße — Sehr kollegial! — Ist es nicht möglich, daß einmal unvorhergesehene Fälle eintreten? (Krankheit — Familienangelegenheiten?) Aber auch krank werden darf niemand, auch wenn ärztlichweise man krank geschieden wird, denn dann besteht die Möglichkeit, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit der Betreffende unter gütiger Mitwirkung des Betriebsrates auf die Straße fliegt. Eine besondere Blüte aber ist der Portier — Herr Franke. Um 7 Uhr wird der Betrieb aufgenommen. 8 Arbeiter erscheinen 5 Minuten nach 7 Uhr und müssen dann in einem besonderen Raum bis 8 Uhr warten. 5 Minuten vor 8 Uhr wird das Tor wieder geöffnet, um 8 Uhr geschlossen. Da der Aufenthaltsraum vor dem Tor liegt, wäre es dem Portier ein Leichtes gewesen, die Wartenden zu rufen, denn diese haben bei der jetzigen Kollage meistens keine Uhr und warten. Der Portier schließt das Tor und um 8.15 Uhr gehen diese Arbeiter um einen Tagesverdienst leichter nach Hause, weil der Herr Portier es unter seiner Würde land, mal zu rufen. Der fünfte im Bunde ist der Werkmeister Gaisler,

ein hochwürdiger Herr, dem mehr daran liegt, wenn am Jahreschluss eine recht hohe Dividende verteilt wird; dem es aber Nebenache ist, ob die Arbeiter brauchbares Werkzeug zur Arbeit haben. Wir würden aber dem Betriebsrat raten, sich mal etwas mehr mit den hygienischen Zuständen zu befassen, die aller Beschreibung spotten. Wir erinnern heut nur an die Klosettanlagen, und raten den Arbeitern, diese Auslässe von Betriebsrat mal etwas mehr auf seine Pflichten hinzuweisen.

Beschädigungen der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 sind für insgesamt 2988.60 Mk. Schäden an den Straßenbeleuchtungsanlagen verursacht worden. Den Hauptanteil nehmen 34 zerfallene Scheiben mit einem Werte von rund 2200 Mk. ein. Gestohlen wurden u. a. 12 Leuchtmittel mit Keulen im Werte von 229 Mk. und drei Leitern im Werte von 270 Mk. Die durch Unfälle von Randalierern entstandenen Kosten belaufen sich für diese Zeit auf etwa 8749 Mk. Außerdem sind in dem genannten Zeitraum von Unbefugten 31 Laternen gelöscht oder angezündet worden. Durch derartige Uebertretungen entstehen der Stadtverwaltung sehr erhebliche Kosten, deren Vermeidung bringender angewendet werden könnten. Bei der ohnehin — durch die Not gebotenen — schlechten Straßenbeleuchtung trägt ein unbefugtes Löschen einer Lampe zur Dunkelheit ganz besonders dazu bei, das Treiben der fragwürdigen Existenzen noch zu unterstützen, während durch das unbefugte Angünden von Laternen mehr Beleuchtungsstoffe verbraucht werden, als unbedingt notwendig ist.

Reinhaltung der Promenadenwege. Da die Reinhaltung aller Promenaden- und sonstigen durch die städtischen Grünanlagen führenden Wege um der damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Kosten willen nicht mehr durchgeführt werden kann, hat die städt. Gartenverwaltung sich zu einer Beschränkung veranlaßt gesehen. Gereinigt und befreit werden lediglich die Hauptverkehrswege, beispielsweise der Wollschlasterweg vom Süppert-Denkmal nach dem Regierungsbau. Das Publikum wird gut tun, sich hiernach zu richten, umso mehr, als der Magistrat jede Haftpflicht für Unglücksfälle ablehnen muß, die sich aus einer Benützung der anderen Wege etwa ergeben sollten.

Wahlen zum Kaufmannsgericht. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist für die Eintragung der Stimmberechtigten mit dem 30. Januar abläuft. Meldungen werden bis zu diesem Zeitpunkt — schriftlich oder mündlich — vom städtischen Wahlamt (Zimmer 59, im 1. Stock des Stadthauses, Eingang Elisabethstraße 9 oder durch das Rathaus in der Zeit von 8 bis 3 Uhr werktags) entgegen genommen. Ausweise sind mitzubringen.

Ein unaufrichtiger Kohlenhändler. Die Ortskohlenstelle hat dem Kohlenhändler Emil Anders, Inhaber der Firma Franz Kohle & Nachf., Berliner Straße 38, wegen grober Verstöße gegen die bestehende Vorschriften auf Grund des § 36, Abs. 2 der Regelung der Kohlenverteilung vom 29. April 1920 von der Beweiserhebung und vom Vertriebe von Kohlen bis auf weiteres ausgeschlossen.

Reinhandelshöchstpreise für Zucker. Auf Anordnung der Provinzial-Zuckerstelle kostet ab 1. Februar im Kleinhandel 1 Pfund Rohrzucker 3.68 Mk., 1 Pfund Würfelzucker 3.81 Mk., 1 Pfund Ruderzucker 3.68 Mk., 1 Pfund weißer Kandis 4.50 Mk., 1 Pfund farbiger Kandis 4.49 Mk.

Reisen in das Memelgebiet. Das Verkehrsamt der Stadt Breslau schreibt uns: Nach Auskunft der Bahnhöfe beim hiesigen Polizeipräsidium ist zu Reisen ins Memelgebiet stets ein Auslandspaß mit deutschem und transsibirischen Zeitvermerk erforderlich. Erfolgt die Reise durch den polnischen Korridor, dann ist auch ein polnischer Schwerkvermerk notwendig, falls nicht die nach Dittorusen passierten Durchgangsgänge D 1 und D 3 benutzt werden.

Versammlungskalender.

- Öffentliche Versammlung:** Sonntag, den 30. Januar, vorm. 10 Uhr im Ballsaal „Jägerhof“, Gräblicherstraße 262. Thema: „Einigung des Proletariats“. Referent: Genosse Klein, Hamburg.
- Sozialistischer Vortrag:** Sitzung des Vorstandes und Ausschusses, Sonnabend, den 29. Januar 1921, abends 7 Uhr.
- Aktionärsausflug Breslau:** Sonntag morgen 9^{1/2} Uhr, Sitzung im Kartendirektor.
- Bekleidungsarbeiter:** Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Bekleidungsarbeiter wichtige Fraktionsitzung am Sonnabend, den 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, im „Blauen Schiff“, Perzentstraße.
- Kommunistische Jugend:** Sonntag, den 30. Januar, nachm. 7^{1/2} Uhr, Unterhaltung, Schule Wincklerstr.

Genauen! Beacht die Diphthongs-Abende.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert für Inserate: Liebshäger & Meyer. Druck: Buchverlag Pöhl & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
Sonnabend 7 Uhr:
Die Bauberköte.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die Bohème.
Abends 7 Uhr:
Saushäuser.

Jobst-Theater.
Sonnabend 7^{1/2} Uhr:
Saphire Hermine Körner
Die große Katharina
Eigenschaftliche Kunst.

Urania-Theater.
Sonnabend 7^{1/2} Uhr:
Rosa.

Schauspielhaus.
Dienstag 8¹⁵ Uhr:
Sonnabend u. Spt. 7^{1/2} Uhr:
Die kleine Hagar.
Sonntag nachm. 3^{1/2} Uhr:
Der Fackelträger.

Liedlich-Theater
Täglich 7^{1/2} Uhr:
Der große König des
Winter-Programms.

Händleryschelisse gaffe
r. Keller, Nikolaistr. 16/17

Schauburg
Victoria-Theater
Neue Taschenstraße

Nur bis Montag!

Nirvana-
Zyklus • 35 Akte

Nirvana, 3. Teil
Der Ruf über
das Meer 6 Akte

Nirvana, 4. Teil
Die brennende
Stadt 6 Akte

Varieté-Schau:
Mac Morris
American-Juggler
und das
beste Programm.

D. K.
Theater
Friedr.-Wilh.-Str. 35.

Beginn: Sonntag, 3 Uhr
Freitag, 3 Uhr

Nur bis Montag!

2 indisch-ägyptisch-
europäische
Sensations-
Abenteuer

Emir
Barasche-Koh
der Grausame

6 Sensations-Akte
nach Meirings Roman
Der Mann auf
der Flasche

Ferner:
Der König der ägypt.
Königin

1 Vorspiel, 4 Akte
nach der Tragödie
Die Tophar-
Musik

Kammer-
Lichtspiele
Schweidnitzer Straße.

Staatsanwalt
Briands
Abenteuer

Teil: **Die unglückliche Ehe**

Judica
Trümpfe

Am nächsten Wunsch!
Der gewaltigste Kriminal-
Schwänke der Gegenwart.

Die
Verführten

6 Akte nach dem bekanntesten
gleichnamigen Roman von
Hans Myra

Ferner:
Die Aufahrt
unter der Erde
Abenteuer der 19. Jahrhund.
in 5 Akten.
Vormittags!
Ab Freitag, den 4. 2.
Prinz Kackuck.

Odertor-
Lichtspiele
Weinstraße 53/55.

Nur noch heute!
Das gewaltigste meisteilige
Abenteuer-Drama
Die Jagd nach dem Tode
I. Teil. Dazu das brillante
Bespielprogramm.

Sonntag und Montag
Detektiv-Mortens
geheimnisvollstes Erlebnis
Der Plan der Drei
Sensationsvolles spannendes
Detektiv-Drama. Ausserdem
Paul Hofmann in
Die verführte Kluge
Telles Lustspiel in 3 Akte

Sonntag 3 Uhr
große Jugend-Vorstellung

Über-Bayern
Gartenstr. 68

Täglich
die arischen
Oberländer
Kant., Montag, 8. 11.

Cafe Dessau
früher Central
Dessauer Straße Nr. 2
Ecke Friedr.-Wilh.-Str.

Täglich 5 Uhr Konzert
Telephon R. 2524
Paul Suhl.

Volksgarten-
Lichtspiele
Michaelstr. 48

Ab Freitag, den 28. Januar
Nur 4 Tage

Nic Carter
in
Das eherne
Gesetz

Spannendes Detektiv-
Drama in 4 Akten mit
Bruno Eichgrün

Ferner:
Gestellt
Schwarze Kriminal-Drama
in 4 Akten

Dazu:
Wallys Verlobung
Telles Lustspiel
in 3 Akten

T. T.
Tautenzienplatz 15
Vom 28. 1. bis einschli.
3. Februar 1921.

Der
Frauenarzt
Drama in 5 Akten
Baby
auf Reisen

Lustspiel in 2 Akten.

Beginn:
Wochenende 4 Uhr.
Sonntag 3 Uhr.
Einlaß 1/2 Stunde vor Beginn.

Geschlechts-
Branke jeder Art (Harn-
röhrenleiden frisch u. spez.
veraltet, Syphilis, Mannes-
schwäche, Weißfluß) werden
sich sofort verträglich von
Dr. med. Dammann's
Holländerstr. Berlin S. 28
Postdammerstr. 1233. Sprech-
stunde: 9-11 u. 2-4. Sonnt.
10-11 Uhr. Beherrende Pro-
schäre mit tausenden freier,
Dankschreiben und Angebot
bewährter Heilmittel (ohne
Quecksilber u. andere Gift-
stoffe) gegen L., M., Blasen-
in versch. Kavern ohne Ab-
sonder Leiden gouna-geb.

Salto Tichauer & Co.
Neue Taschenstraße 69
Friedr.-Wilh.-Str. 12
am Marktplatz

Reichungsfähige
Schuhwerkstätten
am Platz.

Almetalle
kauft
Jahisch, Neumarkt 26.